

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933**

**Weibliche Abgeordnete
in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg 1919 – 1933**

Doris Freer

Historikerin; ehem. Frauenbeauftragte der Stadt Duisburg¹

Inhalt

Teil I

Duisburger Kommunalpolitikerinnen in der Weimarer Republik

Die Anfänge; Politischer Richtungsstreit; Frauen in der Duisburger Stadtverordnetenversammlung bzw. im Rat der Stadt in Zahlen; Die inhaltliche Arbeit – dezidierte Frauenpolitik?; Der Nationalsozialismus und die Folgen für die weiblichen Duisburger Stadtverordneten – Ausgrenzung aus der Politik; Die Parlamentarierinnen der Duisburger Stadtverordnetenversammlung im Nationalsozialismus: Die Einen politisch Verfolgte, Andere Mitglieder in der NSDAP; Die Bedeutung für die Frauengeschichtsforschung

Teil II

**Gesamtübersicht „Weibliche Stadtverordnete in Duisburg 1919 – 1933:
nach Wahlperioden geordnet“**

Teil III

**Gesamtübersicht „Weibliche Stadtverordnete in Duisburg 1919 – 1933:
alphabetisch geordnet“**

Teil IV

Biographien/Biographische Skizzen der weiblichen Stadtverordneten:

- Arning, Marie, geb. Kall - *Exkurs: Die Anfänge sozialdemokratischer Frauenarbeit in Duisburg*
- Averdunk, Hedwig - *Exkurs: Lehrerinnen als Protagonistinnen der „alten“ (sog. bürgerlichen) Frauenbewegung – Widerstände und patriarchalische Strukturen*
- Bachmann, Ida - *Exkurs: Ida Bachmann: Eine Kommunistin im Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Duisburg*
- Cremers, Therese, geb. Krauels
- Heidkamp, Friederike (Frieda) Katharina Charlotte
- Krämer, Maria
- Pasie, Margarete (Marie)
- Schumacher, Franziska
- Velden, Charlotte Wilhelmine
- Vogel, Frieda
- Wilke, Magda - *Exkurs: Magdalena Wilke – Nationalsozialistin wider Willen?*

¹ Für die Unterstützung bei der Recherche danke ich ausdrücklich dem Leiter des Stadtarchivs Duisburg, Herrn Dr. Andreas Pilger und insbesondere Regina Jesse, Stadtarchiv Duisburg, für ihre Recherche und die Bereitstellung von Materialien. Für die Bereitstellung von Wahlergebnissen danke ich Burkhard H.R. Beyersdorff, dem Leiter der Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik sowie Axel Bruckmann, dem Leiter des ehem. Büros Rat der Stadt bzw. des Referats für Politik und Verwaltung (nun: „Stabsstelle Verwaltung“).

Teil I

Duisburger Kommunalpolitikerinnen in der Weimarer Republik

Die Anfänge

Zur Einführung des Frauenwahlrechts in Duisburg bemerkt der Verwaltungsbericht für das Jahr 1919 lapidar:

„Die Staatsumwälzung 1918 brachte auch grundlegende Änderungen in der Zusammensetzung und der Wahl der Stadtverordnetenversammlung. Durch Verordnung der preußischen Regierung vom 24. Januar 1919 wurden die bestehenden Gemeindevertretungen aufgelöst und Neuwahlen bis spätestens 2. März 1919 vorgeschrieben. Das Dreiklassen-Wahlrecht ward aufgehoben. An seiner Stelle führte die genannte Verordnung die allgemeine, unmittelbare und geheime Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl ein. Wie bei der Reichs- und Landtagswahl wurden auch hier die Frauen wahlberechtigt und wählbar; das Wahlalter wurde auf 20 Jahre herabgesetzt.“²

Vorausgegangen war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein massiver Einsatz der sog. „alten Frauenbewegung“ zur Einführung des Wahlrechts auch für Frauen; in Demonstrationen, Aufrufen, Veröffentlichungen, Vereinsgründungen und öffentlichen Versammlungen hatten die unterschiedlichen Flügel der Frauenbewegung – der sog. bürgerlichen bzw. proletarischen Frauenbewegung – ein gemeinsames Ziel: Die Einführung des Frauenwahlrechts.

Politischer Richtungsstreit

Auch in Duisburg fand ein nach politischen Richtungen ausdifferenzierter Kampf um das Frauenwahlrecht bzw. die Werbung um die Gunst der Wählerinnen statt. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts - damals war die SPD die einzige Partei, die in ihrem Programm das gleiche und allgemeine Wahlrecht für Frauen festgeschrieben hatte – hat ein gewisser Hermann Stumpen, Festredner eines Duisburger Arbeiterfestes, im Oktober 1877 auch die Frauen aufgefordert, „am ‚gerechten‘ und ‚heiligen‘ Kampf des unterdrückten Proletariats“ teilzunehmen.³ Und bei einer Versammlung am 1. Mai 1897 führte eine Referentin aus, „dass die Frauen zu etwas Ernsterem auf der Welt seien, als zum Strümpfstopfen und hinter dem Kochstopf stehen, die Frauen hätten ein Recht bzw. die Pflicht, an der modernen Arbeiterbewegung teilzunehmen“.⁴

² Stadtarchiv Duisburg, Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg 1912 – 1924, S.184.

³ S. Weis, Petra, Frauen in der Politik – Wider das Vorurteil von der geistigen Unreife der Frau, Art. in: Frauen machen Geschichte. Materialien zur Duisburger Frauengeschichte, Hg. Stadt Duisburg, Gleichstellungsstelle für Frauenfragen, Duisburg 1991, S. 104.

⁴ Zit. Nach Abeck, Susanne und Uta C. Schmidt, „An alle Frauen und Jungfrauen!“ 100 Jahre Frauenwahlrecht, zit. nach: unveröffentlichtes Manuskript zu dem von beiden als Team gehaltenen Vortrag anlässlich des Internationalen Frauentages 2018 am 16.3.2018 im Rathaus Duisburg, S. 9 f. – Ausführlich zum Themenkomplex der proletarischen bzw. sozialdemokratischen Frauenbewegung auf Bundes- und kommunaler Ebene s. Weis, Petra, Art. in: Frauen machen Geschichte...“, a.a.O., S. 98 ff.

In deutlicher Abgrenzung zur Sozialdemokratie trat auch die Deutsche Volkspartei in ihrem Wahlauftritt im Dezember 1918 (einschließlich einer Einladung zum Sonnenwall 64 in Duisburg) entschieden für das Frauenwahlrecht ein:

„Wählerinnen! Laßt Euch nicht betören von den Rattenfänger-Weisen! Man verspricht Euch den Himmel auf Erden bei wenig Arbeit und hohem Gewinn. Wir belügen Euch nicht. Mütter und Töchter, Hausfrauen und Erwerbstätige werden ihre ganze Kraft einsetzen müssen, um Deutschlands Wiederaufbau zu fördern und zwar in ausgeglichener Zusammenarbeit mit den Männern.

Weil Ihr dazu berufen seid und Eure Arbeit der männlichen gleichwertig ist, werden wir eintreten für die Gleichberechtigung der Frau im politischen Leben. Das aktive und passive Wahlrecht muss Euch für alle Zeit erhalten bleiben. Wir fordern die Zulassung der Frau zu öffentlichen Aemtern und ihre Vorbereitung dazu...

Tretet ein in die Deutsche Volkspartei.“⁵

Eklatante Unterschiede gerade in der Frauenwahlrechtsfrage machten die damalige Spaltung der Frauenbewegung deutlich:

Es gab die verschiedensten Positionen zur Wahlrechtsfrage insgesamt, zur Form des anzustrebenden Wahlrechts (z.B. Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts vs. Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts) sowie zur Strategie zu dessen Erlangung (z.B. unterschiedliche Aktionsformen). Allen Befürworterinnen war jedoch Eines gemeinsam: Sie hatten durch jahrelange Bildungs- und Propaganda-Arbeit, durch mühevoll Kleinarbeit in allen Bevölkerungsgruppen ein Problembewusstsein für Frauenemanzipationsfragen grundsätzlich erst geschaffen, auf dessen Grundlage die Realisierung des Frauenwahlrechts überhaupt erst möglich wurde.⁶

Die Revolution von 1918 brachte den Frauen durch den Rat der Volksbeauftragten, die damalige provisorische deutsche Regierung, das Frauenwahlrecht und ließ im Reichsgesetzblatt Nr. 153 vom 12. November 1918 verkünden:

„Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben.“⁷

Frauen in der Duisburger Stadtverordnetenversammlung bzw. im Rat der Stadt in Zahlen

Als am Sonntag, dem 23. Februar 1919 in Duisburg gewählt worden war, zogen erstmals Frauen in die Stadtverordnetenversammlung ein; von 1919 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung waren insgesamt 11 Frauen in der Stadtverordnetenversammlung als gewählte Abgeordnete vertreten:

⁵ Wahlwerbung; veröffentlicht in: Duisburger General-Anzeiger Nr. 357 vom 29.12.1918.

⁶ Eine ausführliche Darstellung der unterschiedlichen Positionen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenverbände sowie der einzelnen Frauenvereine bzw. einzelner Theoretikerinnen s. Freer (-Zumdick), Doris, Mulier in ecclesia nec traceat! - Der Kampf um das Frauenwahlrecht in Deutschland, Art. in: Sozialethischer Informationsdienst. Materialien und Dokumentationen zu aktuellen sozialethischen Problemen und kirchlicher Zeitgeschichte, Sonderheft Nr. 4, Hg. Günter Brakelmann, Ruhr-Universität Bochum, Mai 1981, S. 4 ff.

⁷ Dazu s. Frauen in Deutschland. Auf dem Weg zur Gleichstellung, Informationen zur politischen Bildung Nr. 254, 1. Quartal 1997, Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 11. -

<https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35265/weimarer-republik>

- Margarete (Marie) Pasie, Deutsche Demokratische Partei (DDP),
- Hedwig Averdunk, Deutsche Volkspartei (DVP),
- Ida Bachmann, Charlotte Wilhelmine Velden und Frieda Vogel von der Kommunistischen Partei (KP),
- Marie Arning, Theres Cremers, Maria Krämer und Magda Wilke von der Sozialdemokratischen Partei (SPD) und
- Friederike Heidkamp und Franziska Schumacher vom Zentrum.

Der Frauenanteil an der Duisburger Stadtverordnetenversammlung stellt sich wie folgt dar:

- bei insgesamt 75 Stadtverordneten betrug beim Wahltermin 23.2.1919 der Frauenanteil bereits 5,3 % (4 Frauen),
- am Wahltermin 4.5.1924 waren von 63 Abgeordneten 5 Frauen (7,9 %)
- und am 17.11.1929 waren von 77 Abgeordneten 6 Frauen (7,8 %).

Zum Vergleich:

- Am 13.10.1946 war unter den 48 Gewählten nur eine Frau (2,1 %).
- Bis zum 30. 9. 1984 erhöhte sich der Frauenanteil langsam bis auf 14,5 % (12 Frauen) und
- am 16.10.1994 auf 26,7 % (20 Frauen).⁸
- Im Mai 2008 waren im Duisburger Rat der Stadt von insgesamt 74 Ratsmitgliedern 21 Frauen (28,4 %) ⁹ und
- heute beträgt der Frauenanteil bei 84 Sitzen 36,9 % (...Frauen)¹⁰.

Die inhaltliche Arbeit – dezidierte Frauenpolitik?

Einige der Duisburger Stadtverordneten hatten, wie auch etliche Frauen aus den Reihen der Reichstagsabgeordneten 1919 ff., ihre Wurzeln in der sog. „alten“ Frauenbewegung, sei es in der sog. „proletarischen“ oder der „bürgerlichen“ Frauenbewegung, siehe z.B. die Biographien von Marie Arning oder Marie Pasie.

Es ist davon auszugehen, dass die Wählerinnen der Auffassung waren, dass sich nunmehr die von ihnen gewählten Parlamentarierinnen für eine starke, wenn auch nach unterschiedlichen Interessenslagen¹¹ ausdifferenzierte Frauenpolitik einsetzen würden. Ein Indikator dafür ist die außerordentlich hohe Wahlbeteiligung der Frauen 1919:

⁸ Von Griet zu Emma, Beiträge zur Geschichte von Frauen in Duisburg, Hg. Stadt Duisburg, Frauenbüro, Konzept und Redaktion Doris Freer, Duisburg 2000, S. 141

⁹ Nach Angaben des Büros Rat der Stadt bzw. des Referats für Politik und Verwaltung der Stadt Duisburg.

¹⁰ S. <https://duisburg.de/rathaus/rathausundpolitik/ratgremien/rat-der-stadt-duisburg.php#Zusammensetzung>

¹¹ Zur Situation der Frauen im Dt. Kaiserreich s. Gerhard, Ute, Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek 1990.

- Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 betrug sie fast 90 Prozent! „Mit 41 weiblichen Abgeordneten, das waren 9,6 % der Mitglieder der Nationalversammlung, stand diese verfassungsgebende Nationalversammlung einmalig da in der Welt.“¹²
- Auch in Duisburg lag die Wahlbeteiligung der Frauen damals bei über 80 %.¹³

In der politischen Realität nach 1919 allerdings blieb Vieles beim Alten: „Die Gesetze, die den Ehemännern das alleinige Entscheidungsrecht in allen ehelichen Angelegenheiten sowie die Verfügungsgewalt über Arbeit und Körper ihrer Frauen garantierten, blieben auch 1919 unverändert in Kraft.“¹⁴

Was nunmehr die Parlamentarierinnen selbst betraf, ist fraglich, ob sie mit der Gestaltung bzw. Gestaltungsmöglichkeit (!) ihrer neuen Rolle zufrieden waren und ob sich ihre - auch aus der Frauenbewegung resultierenden - Vorstellungen wenigstens weitgehend realisieren ließen. Für die Ebene des Deutschen Reiches lässt sich nachweisen, dass - auch bei den Frauen, die vorher in der Frauenbewegung aktiv waren - mit Eintritt in vorherige „Männerparteien“ nicht nur parteipolitische Konflikte in die Frauenbewegung getragen wurden und dies die Frauenbewegung schwächte, sondern dass diese Entwicklung auch offensichtlich zu einem nicht hinnehmbaren individuellen Kräfteverschleiß der Frauen innerhalb der Parteien führte.¹⁵

Die inhaltliche Arbeit der weiblichen Stadtverordneten 1919 – 1933 in Duisburg erstreckte sich - wie den Verwaltungsberichten u.a. Quellen zu entnehmen ist - auf etliche Politikbereiche, insbesondere den

- Gesundheits-, Jugend- und den Sozialbereich („Armenverwaltung“; „Lebensmittelausschuss“; Waisenhausbereich; Hebammenbereich; Einsatz für die Verbesserung der Situation der ArbeiterInnen) sowie
- den Bildungsbereich einschl. der Förderung von Mädchenschulen bzw. der Mädchenbildung.

Ob es damals allerdings weitere dezidierte frauenpolitische Aktivitäten - wie z.B. Initiativen zur Förderung der Frauenerwerbsarbeit - im Kontext der Duisburger Stadtverordnetenversammlung gab, kann anhand der u. g. vorliegenden Quellen nicht nachgewiesen werden.

¹² Ebenda, S. 333

¹³ S. Weis, Petra, Frauen in der Politik – Wider das Vorurteil von der geistigen Unreife der Frau, in: Frauen machen Geschichte. Materialien zur Duisburger Frauengeschichte, Hg. Stadt Duisburg, Gleichstellungsstelle für Frauenfragen, Duisburg 1991, S. 124.

¹⁴ Ute Gerhard, ebenda, S. 336. – Ein anschauliches und wichtiges Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Rechtsentwicklung des § 1356 BGB, der erst mit der Gesetzesnovellierung 1977 der Ehefrau ein eigenständiges Recht auf Erwerbsarbeit zugestand - <https://lexetius.com/BGB/1356.2>

¹⁵ S. Freer(-Zumdick), Doris, Mulier in ecclesia nec taceat! – Der Kampf um das Frauenwahlrecht in Deutschland, Art. in: Sozialethischer Informationsdienst. Materialien und Dokumentationen zu aktuellen sozialethischen Problemen und kirchlicher Zeitgeschichte, Hg. Günter Brakelmann, Ruhr-Universität Bochum, S. 11. – Janssen-Jurreit, Marielouise, Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage, München/Wien 1978, S. 301.

Der Nationalsozialismus und die Folgen für die weiblichen Duisburger Stadtverordneten – Ausgrenzung aus der Politik

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 markiert das vorläufige Ende der Demokratie in Deutschland.¹⁶ Die SPD wurde bereits am 22. Juni 1933 zur „volks- und staatsfeindlichen Organisation“ erklärt und, ebenso wie die KPD, verboten. Das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933 verbot im Deutschen Reich schließlich alle Parteien neben der NSDAP.

1933 „kommt das Ende der Frauenbewegung. Alle Frauenverbände werden aufgelöst...“¹⁷ und der Internationale Frauentag wurde verboten.

Beim Wahltermin am 12. März 1933 wurden 77 Abgeordnete in den Duisburger Stadtrat gewählt - keine Frau.

Wie wurde diese Ausschaltung der Frauen durch die Nationalsozialisten legitimiert?

Dazu heißt es im Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg für 1933: „Eine durchgreifende Aenderung im nationalsozialistischen Sinne brachte das Gemeinde-Verfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933 und das Gemeinde-Finanzgesetz vom gleichen Tage in bezug auf die Selbstverwaltung der Gemeinden durch Einführung des Führergrundsatzes. Nach dem Gemeinde-Verfassungsgesetz treten an die Stelle der Stadtverordneten ... nunmehr die Gemeinderäte (Ratsherren), die dem Gemeindeleiter lediglich beratend zur Seite stehen, während die ganze Verantwortung für die Führung der Geschäfte dem Leiter der Gemeinde obliegt. Als Gemeinderäte sind der oberste örtliche Leiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der rangälteste Führer der Sturmabteilungen oder der Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und aus der Mitte der Bürgerschaft um Volk, Staat und Gemeinde verdiente und erfahrene Männer zu berufen.“¹⁸

Am Rande sei der hier offensichtlich bewusste Umgang mit der Sprache erwähnt: Denn die Ausgrenzung der Frauen im kommunalpolitischen Rahmen durch den Nationalsozialismus wird auch durch die (Verwaltungs-)Sprache abgebildet: der geschlechtsneutrale Begriff „Stadtverordnetenversammlung“ wurde durch eine neue Funktionsbezeichnung ersetzt: „Gemeinderäte (Ratsherren); verdiente und erfahrene Männer“.

Die von den Nationalsozialisten angestrebte Beseitigung bzw. Mundtodmachung der damaligen Frauenbewegung(en) ging einher mit der Propagierung eines

¹⁶ <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39544/machtergreifung?p=all> sowie https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_gegen_die_Neubildung_von_Parteien

¹⁷ S. „Der Internationale Frauentag“. Reihe: Dokumente und Berichte der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, hrsg. v. d. Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann (Ilse Ridder-Melchers), Düsseldorf 1989, S. 23.

¹⁸ Stadtarchiv Duisburg, Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg für 1933, S. 23.

nationalsozialistischen/faschistischen Frauenbildes (Unterordnung unter den Mann, Opferbereitschaft, Gebärfreudigkeit u.a.).¹⁹

Damit war ein Kapitel der Deutschen (Frauen-)Geschichte – auch in Duisburg - beendet.

Die Parlamentarierinnen der Duisburger Stadtverordnetenversammlung im Nationalsozialismus: Die Einen politisch Verfolgte, Andere Mitglieder in der NSDAP

Etliche Duisburger Kommunalpolitikerinnen, die zwischen 1919 und 1933 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren, waren schweren Repressalien und massiver Verfolgung durch die Nationalsozialisten ausgesetzt:

- Marie Arning, Sozialdemokratin, wurde auf Grund ihrer politischen Einstellung und ihres massiven Widerstands gegen die Nationalsozialisten ab 1933 politisch verfolgt, aus Deutschland ausgewiesen und später interniert.
- Die DVP-Politikerin Hedwig Averdunk ließ sich vorzeitig auf eigenen Antrag hin 1937 aus politischen Gründen als Oberstudienrätin pensionieren.
- Die Kommunistin Ida Bachmann wurde verhaftet, ihre Wohnung wurde beschossen und mehrfach durchsucht.
- Die SPD-Politikerin Therese Cremers wurde, wie ihre gesamte Familie, auf das Übelste von den Nationalsozialisten schikaniert und diffamiert, so dass die Familie schließlich Duisburg verließ.

Es gab aber auch weibliche Stadtverordnete, die in die NSDAP bzw. in einen der NSDAP angeschlossenen Verband eintraten:

- Die damalige Schulleiterin Marie Pasié, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Duisburger Frauenvereine, war offensichtlich nicht bereit, in die NSDAP einzutreten und wurde nach auf Grund ihrer politischen Tätigkeit als deutsch-demokratische Stadtverordnete in Duisburg von 1919 – 1933 als Rektorin (in) das Amt einer Lehrerin zurückversetzt.²⁰ Da nützte es ihr auch nichts, dass sie

¹⁹ S. die Art. „Nationaler Frauendienst (NDF)“ und „NS-Frauenschaft und BDM“, in: Weiland, Daniela, Geschichte der Frauenemanzipation in Deutschland und Österreich, Düsseldorf 1983, S.178 ff.

²⁰ Dazu merkt sie eigens im Fragebogen an die Militärregierung vom 8. Okt. 1945 an: „Auf Grund meiner politischen Tätigkeit als deutsch-demokratische Stadtverordnete in Duisburg von 1919 – 33 wurde ich 1933 als Rektorin in das Amt einer Lehrerin zurückversetzt.“ – Auf die Frage nach Veröffentlichungen oder „Ansprachen“ führte sie aus, dass sie während ihrer Zeit als Duisburger Stadtverordnete (1919-1933) verschiedentlich im Rahmen ihrer Partei Vorträge gehalten habe. „Diese“, so Margarete Pasié, „deckten sich auf's engste mit dem deutsch-demokratischen Parteiprogramm.“ – Quelle: Stadtarchiv Duisburg, Personalakte Margarete Pasié; Bestand 400 A/3609.

bereits seit 1933 dem der NSDAP angeschlossenen „Lehrerbund“ (NSLB²¹) und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt e.V. (NSV)²² angehörte.

- Die Lehrerin Frieda Heidkamp von der Zentrumspartei war nach eigenen Angaben kein Mitglied der NSDAP. Sie gehörte allerdings dem der NSDAP angeschlossenen „Lehrerbund“ (NSLB) vom 1.11.1933 bis zum 1.12.1936 an, seit dem 1.12.1934 der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt e.V. (NSV), seit 1937 dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) sowie seit 1937 dem Reichskolonialbund.
- Die städtische Wohlfahrtspflegerin Magdalena Wilke von der Sozialdemokratischen Partei trat am 1. 5. 1933 in die NSDAP ein.²³ Außerdem gehörte sie u.a. folgenden, der NSDAP nahestehenden Verbänden an: seit dem 1.11.1933 dem Reichsluftschutzbund (RLB), seit dem 1.1.1934 dem der NSDAP seit 1933 angeschlossenen Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB), seit dem 1.9.1934 der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt e.V. (NSV), seit dem 1.6.1937 der NS-Frauenschaft (NSF).

Hier zeigen sich, gerade was Marie Pasie betrifft, deutliche Parallelen mit der Biographie der bekannten Wissenschaftlerin Dr. Li Fischer-Eckert, die sich - insbesondere in Duisburg - durch ihre viel beachtete Publikation von 1913 „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industriort Hamborn im Rheinland“ einen Namen gemacht hatte.

Auch Li Fischer-Eckert war von 1918 bis 1920 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und eine bekannte Protagonistin der bürgerlichen Frauen- bzw. Frauenstimmrechtsbewegung²⁴ gewesen. Auch ihr wurde – in diesem Falle als Leiterin der Niederrheinischen Frauen-Akademie in Düsseldorf – aus politischen Gründen gekündigt und auch sie wurde beruflich degradiert, indem sie sich nunmehr als einfache Lehrerin und mit der Hälfte ihres bisherigen Einkommens begnügen musste: Schließlich trat „Dr. Li Eckert ... 1935 dem Nationalsozialistischen Lehrerbund, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt sowie dem Reichsluftschutzbund bei und wurde 1938 Mitglied im Verein für das Deutschtum im

²¹ Siehe dazu folgende Erläuterung die Gesamtsituation betreffend: „Infolge der keineswegs nur auf Druck und Gewalt beruhenden Überführung der vorhandenen Lehrerverbände unter das Dach des NSLB stieg die Organisation nach der [Machtergreifung](#) der Nationalsozialisten zum alleinigen Lehrerverband im [Deutschen Reich](#) mit rund 300.000 Mitgliedern auf. 9.000 Lehrerinnen und Lehrer verweigerten sich einer solchen Mitgliedschaft. Ein Drittel der Lehrerschaft war zusätzlich zu ihrer Angehörigkeit im NSLB auch direkt Mitglied der NSDAP – so die Zahlen von 1937.“ Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistischer_Lehrerbund , abgerufen am 27.6.2018.

²² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Volkswohlfahrt , abgerufen am 6.8.2018.

²³ Eine ausführliche Darstellung ihrer Beweggründe s. ihre Biographie, Kap. 4.

²⁴ S. Freer, Doris, Li Fischer-Eckert, Art. in: Lokale Agenda 21 für Duisburg aus Frauensicht, Heft 2: Von anderen Kulturen lernen, Stadtrundfahrt zur Frauengeschichte, Hg. Stadt Duisburg, Frauenbüro, Duisburg 1999, S. 51 f.- Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels war bis vor kurzer Zeit – erst nach Bekanntwerden durch den nachfolgenden Artikel von Susanne Abeck

http://www.frauenruhrgeschichte.de/index.php?id=41&tx_frgdatabases_pi1%5BshowUid%5D=70#70 (abgerufen am 1.7.2018) - noch nicht bekannt, dass Li Fischer-Eckert Mitglied der NSDAP bzw. einer ihrer Unterorganisationen war.

Ausland. Auf Veranlassung ihres Schulleiters trat sie 1940 auch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bei.“²⁵

Nach dem 2. Weltkrieg zog keine der ehemaligen weiblichen Stadtverordneten mehr in den Rat der Stadt Duisburg ein.²⁶

Die Bedeutung für die Frauengeschichtsforschung

„Zur Teilhabe an Kultur und Politik und ihrer Veränderung, zu einem neuen Selbstbewußtsein gehören auch das Wissen und die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte“ – so Ute Gerhard²⁷.

100 Jahre Frauenwahlrecht – Dieses Jubiläum führte zu dem Aufruf u.a. der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW (LAG NRW), in jeder NRW-Kommune Nachforschungen über „Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 – 1933“ anzustellen. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden auf breiter Basis veröffentlicht, indem sie als der Hashtag „#Erste RatsfrauenNRW“ in eine Landkarte flächendeckend eingepflegt werden. Die bereits vorliegenden Ergebnisse sind beeindruckend und führten zu einer Vielzahl von Forschungsergebnissen, einem frauengeschichtlichen Wissen, das bisher in dieser Weise noch nicht vorhanden war²⁸.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass insbesondere auch die Kommunalpolitikerinnen der ersten Stunde, die 1919 bis 1933 in den Parlamenten mitarbeiteten, bisher unzureichend behandelt wurden. Dies gilt sowohl für den Bereich der Forschung, wie auch für die offiziellen historischen Darstellungen der Parteien zu ihrer eigenen Geschichte.²⁹

Bei der Erstellung der auf Archivarbeiten beruhenden Zusammenstellung und Analyse der Biographien der weiblichen Duisburger Stadtverordneten wurde deutlich, wie wenig Wissen über die ersten Parlamentarierinnen vorhanden war und noch ist. U.a. wurde durch das Studium der Primärquellen zu Tage gefördert, in welchem Verhältnis die ersten Duisburger Parlamentarierinnen zum Nationalsozialismus standen. Bisher war z.B. nicht bekannt, dass einige Kommunalpolitikerinnen - auch Protagonistinnen der (bürgerlichen) Frauenbewegung – NSDAP-Mitglieder waren bzw. in der NSDAP angeschlossene Verbände eingetreten waren. Dieser Ausschnitt aus der Geschichte darf auch für die Frauenforschung kein Tabuthema sein, wenn die historische Wahrheit ermittelt werden soll.

²⁵ Susanne Abeck, Li Fischer-Eckert, 1882-1942. Eine konsequente Lebensführung, Art. in: FRAUEN.ruhr.GESCHICHTE, s.o.

²⁶ Nach eigener Sichtung der - mir von der Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg zur Verfügung gestellten - Übersicht der Duisburger „Ratsmitglieder seit 1946“ (bis 2015). Dort ist keine der Stadtverordneten der Jahre 1919 – 1933 mehr verzeichnet.

²⁷ Gerhard, Ute, Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek 1990, S. 388.

²⁸ Dazu s. Freer, Doris, Frauengeschichtsschreibung. Eine Forschungslücke wird offensichtlich, Art. in: 25 Jahre LAG – Lust auf Gleichstellung, Hg. Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW (LAG NRW), Düsseldorf (Dezember) 2012, S. 73 ff. - http://frauenbueros-nrw.de/images/pdf/service/LAG_Festschrift.pdf - abgerufen am 1.7.2018.

²⁹ Aus meiner Sicht handelt es sich hier um eine Forschungslücke; die frauengeschichtlichen Untersuchungen der einzelnen Parteien sind bisher m.E. noch nicht auf diese Fragestellung hin untersucht worden.

Was bedeutet das nun?

Ein zentraler Inhalt der Geschichtstheorie bzw. -philosophie ist das Herausarbeiten der Bedeutung historischen Wissens für zukünftiges Handeln, für die Gestaltung der Zukunft. So hat die Kenntnis über die Geschichte - die vergangenen Fakten und Ereignisse, ihre Ursachen und Folgen - für das aktuelle Handeln von Frauen (ebenso wie das von Männern) und für die Entwicklung von Zukunftsperspektiven eine große Bedeutung.

Wie in anderen Wissenschaften auch, wurden die Interessenslagen und Belange von Frauen in der Forschung weitgehend ignoriert. So wurde von der - männerdominierten - Geschichtsforschung bis in die 1980er Jahre hinein die Erforschung der Geschichte der Frauen weitgehend ausgeklammert.³⁰ Erst die Historikerinnen der Neuen Deutschen Frauenbewegung deckten nach und nach „eine bisher verschüttete und von der Geschichtswissenschaft verschwiegene Frauengeschichte“ auf – bis heute.

Damit erhielt die Frauengeschichtsforschung/die historische Frauenforschung eine wichtige Funktion für die Frauen bzw. die Frauenbewegungen in der Bundesrepublik: Sie förderte historisches Wissen über die „eigene“ Vergangenheit zu Tage und wurde gleichzeitig zur Quelle eines widerständigen Bewusstseins und politischer Identifikationsmöglichkeiten³¹.

³⁰ S. das Kapitel „Die Geschichtslosigkeit der Frau wird durch die Geschichtsschreibung hergestellt“, in: Marielouise Janssen-Jurreit, Sexismus, a.a.O., S. 28 ff.

³¹ S. Lerner, Gerda, Frauen finden ihre Vergangenheit. Grundlagen der Frauengeschichte, Frankfurt/New York 1991, S. 205. – Zur Bedeutung einer „frauenzentrierten Forschung“ für die kommunale Geschichtsschreibung s. ebenda, S. 173 f.

Teil II

Gesamtübersicht weibliche Stadtverordnete in Duisburg 1919 – 1933: nach Wahlperioden geordnet

Wahltermin 23.2.1919

insgesamt 75 Stadtverordnete, davon 4 bzw. 5 Frauen (= 5,3 %)

- Frieda Heidkamp, Lehrerin, Zentrum
- Maria Arning, Hausfrau, Sozialdemokratische Partei (SPD)
- Therese Cremers, Hausfrau, SPD
- Maria Krämer, Hausfrau, SPD
- Margarete Pasie, Lehrerin, Deutsche Demokratische Partei (DDP)

Wahltermin 4.5.1924

insges. 63 Abgeordnete, davon 5 Frauen (= 7,9 %)

- Frieda Vogel, Hausfrau, Kommunistische Partei (KP)
- Franziska Schumacher, Rektorin, Zentrum
- Theres Cremers, Hausfrau, SPD
- Hedwig Averdunk, Studienrätin, Deutsche Volkspartei (DVP)
- Grete Pasie, Lehrerin, Deutsche Demokratische Partei

Wahltermin 17.11.1929

insges. 77 Abgeordnete, davon 6 Frauen (= 7,8 %)

- Schumacher, Franziska, Rektorin, Du-Laar, Zentrum
- Wilke, Magda, SPD
- Velden, Charlotte Wilhelmine, Hausfrau, Kommunistische Partei
- Bachmann, Ida, Hausfrau, Kommunistische Partei
- Hedwig Averdunk, Oberstudienrätin, Deutsche Volkspartei
- Pasie, Grete, Lehrerin, Deutsche Demokratische Partei

Teil III

Gesamtübersicht weibliche Stadtverordnete in Duisburg 1919 – 1933: alphabetisch geordnet

Arning, Marie, geb. Kall

- Beruf/“Stand“: Hausfrau bzw. SPD-Frauensekretärin; später leitende Mitarbeiterin im Arbeitsamt Magdeburg,
- 1919-1920 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für die Sozialdemokratische Partei (SPD)

Averdunk, Hedwig

- Beruf/“Stand“: Studienrätin bzw. später Oberstudienrätin; später Leiterin des städtischen Übersetzungsbüros in Duisburg
- 1924 – 1930 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für die Deutsche Volkspartei (DVP)

Bachmann, Ida

- Beruf/“Stand“: Hausfrau
- 1929 – 1933 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für die Kommunistische Partei (KP)

Cremers, Therese, geb. Krauels

- Beruf/“Stand“: Hausfrau
- 1919 – 1929 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für die Sozialdemokratische Partei (SPD)

Heidkamp, Friederike (Frieda) Katharina Charlotte

- Beruf/“Stand“: Lehrerin
- 1919 – 1924 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für das Zentrum

Krämer, Maria

- Beruf/“Stand“: Hausfrau
- 1921- 1924 Stadtverordnete in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg (als Ersatz für den „infolge Verzugs ausgeschiedenen Rudolf Paletzki“) für die Sozialdemokratische Partei (SPD)

Pasie, Marie

- Beruf/“Stand“: Volksschullehrerin, ab 1.4.1909 im Hilfsschuldienst als Lehrerin und später Rektorin
- 1919 – 1933 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für die Deutsche Demokratische Partei (DDP)

Schumacher, Franziska

- Beruf/“Stand“: Lehrerin, Konrektorin
- 1924 – 1933 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für das Zentrum

Velden, Charlotte Wilhelmine

- Beruf/“Stand“: Hausfrau
- Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für die Kommunistische Partei (KP)

Frieda Vogel

- Beruf/“Stand“: Hausfrau
- 1924 – 1926 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für die Kommunistische Partei (KP) (am 23.9.1926 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden)

Wilke, Magda

- Beruf/“Stand“: Wohlfahrtspflegerin
- 1929 – 1931 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg für die Sozialdemokratische Partei (SPD)

Teil IV Biographien/Biographische Skizzen der weiblichen Stadtverordneten in Duisburg:

- Arning, Marie, geb. Kall - *Exkurs: Die Anfänge sozialdemokratischer Frauenarbeit in Duisburg*
- Averdunk, Hedwig - *Exkurs: Lehrerinnen als Protagonistinnen der „alten“ (sog. bürgerlichen) Frauenbewegung – Widerstände und patriarchalische Strukturen*
- Bachmann, Ida - *Exkurs: Ida Bachmann: Eine Kommunistin im Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Duisburg*
- Cremers, Therese, geb. Krauels
- Heidkamp, Friederike (Frieda) Katharina Charlotte
- Krämer, Maria
- Pasie, Margarete (Marie)
- Schumacher, Franziska
- Velden, Charlotte Wilhelmine
- Vogel, Frieda
- Wilke, Magda - *Exkurs: Magdalena Wilke – Nationalsozialistin wider Willen?*

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933**

Raster zur Erfassung

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Name, ggf. Geb.name: Arning, geb. Kall

Vorname: Marie

Geburts- u. Sterbeort und Datum: 19.4.1887 (Bramsche) – 12.9.1957 (Magdeburg)

Profil

Beruf:

Textilarbeiterin; später Frauensekretärin; ab 1945 Leitungstätigkeit im Arbeitsamt Magdeburg

Ehrenamtl. Funktion: 1914-1918 ehrenamtl. Parteisekretärin der SPD Duisburg; Engagement – auch in Leitungsfunktion – in der Arbeiterwohlfahrt

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung Duisburg

1919 – 1920 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg

Parteizugehörigkeit: Sozialdemokratische Partei

Arbeitsschwerpunkte:

Politische Bildung; Arbeiterbildung; Fürsorge und Erziehungsarbeit für Kinder; Frauenarbeit.

Mitglied im Gesundheits-Ausschuss; Aufsichtsrat zur Milchversorgung Duisburg GmbH; Vorstand der Mädchen-Mittelschule u.a.

Bezug zur Frauenpolitik³²:

Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauen des Bezirks Niederrhein; 1920 wurde sie hauptamtliche Frauensekretärin im SPD-Bezirk Niederrhein; ab 1922 übernahm sie die Funktion einer SPD-Bezirkssekretärin für Frauenagitation in Magdeburg

Kurzbiographie³³:

Ihr Leben ist bereits seit ihrer Jugend durch großes politisches Engagement geprägt und durch eine eigenständige Berufstätigkeit – in unterschiedlichen Bereichen - in allen Lebensphasen gekennzeichnet. Mit Verabschiedung des Wahlrechts auch für Frauen wurde sie 1919 umgehend auf verschiedenen Ebenen im Bereich der Politik

³² Zu Marie Arning s. Weis, Petra, Duisburger Sozialdemokratinnen in der Weimarer Republik, Art. in: „...nicht bloß Schatten des Mannes sein ...“ Duisburger Sozialdemokratinnen in Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Hg. SPD-Unterbezirk Duisburg: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Duisburg 1989, S. 21 ff. – Zur sozialdemokratischen Frauenpolitik in Duisburg insgesamt s. Weis, Petra, Frauen in der Politik – Wider das Vorurteil von der geistigen Unreife der Frau, Art. in: Frauen machen Geschichte. Materialien zur Duisburger Frauengeschichte, Hg. Stadt Duisburg, Gleichstellungsstelle für Frauenfragen, Duisburg 1991, S. 98 ff.

³³ Zur Biographie der Marie Arning s. <http://deacademic.com/dic.nsf/dewiki/917179> und https://de.wikipedia.org/wiki/Marie_Arning - abgerufen am 21.6.2018

aktiv. Ihr Mandat als gewähltes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung nahm sie jedoch nur kurzfristig auf Grund anderer Verpflichtungen wahr.³⁴ 1924 – 1930 war sie Abgeordnete im Reichstag der Weimarer Republik.

Auf Grund ihrer politischen Einstellung und ihres entschiedenen Widerstands gegen die Nationalsozialisten wurde sie ab 1933 politisch verfolgt, aus Deutschland ausgewiesen und später interniert. 1945 – 1951 gelang es ihr (mit kurzer Unterbrechung), eine Anstellung in leitender Funktion im Arbeitsamt Magdeburg zu erhalten.

Exkurs:

Die Anfänge sozialdemokratischer Frauenarbeit in Duisburg

Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht war auch in Duisburg das zentrale Thema der Frauenagitation der sozialistischen/proletarischen Frauenbewegung³⁵ vor dem 1. Weltkrieg.

„Die Forderung des Frauenwahlrechts ist die notwendige Folge der durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten wirtschaftlichen Umwälzungen, die die Stellung der Frau von Grund auf umgewandelt haben ... Die Frauen fordern das Wahlrecht, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft, die erst das volle Menschentum dem Weibe verbürgt ...“ (Resolution einer Frauenversammlung 1911)³⁶

Marie Arning kann als Protagonistin der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Duisburg bezeichnet werden. 1919 gehörte sie zu den ersten weiblichen Stadtverordneten in der Duisburger Stadtverordnetenversammlung. Damals waren von den 75 neu gewählten Stadtverordneten vier Frauen (5,3 %)³⁷:

- die beiden Lehrerinnen Frieda Heidkamp (Zentrum) und Margarete Pasie (DDP) und
- die in der Wahlergebnisübersicht des entsprechenden Verwaltungsberichts³⁸ (nach ihrem sog. „Stand“) als Hausfrauen bezeichneten sozialdemokratischen Stadtverordneten Marie Arning und Therese Cremers.

Für die Sozialdemokratinnen ist das Wahlergebnis enttäuschend.

Sie beklagen insbesondere, dass sich das Wahlverhalten der Frauen in Duisburg nicht zugunsten der Sozialdemokratie ausgewirkt und sie „anfällig“ für die Parolen

³⁴ Lt. Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg 1912-1924, S. 187, schied sie am 19.10.1920 aus der Stadtverordnetenversammlung aus; ersetzt wurde sie von dem Gerichtsdiener August Mommertz.

³⁵ Zur Geschichte der sozialistischen/sozialdemokratischen Frauenbewegung s. Niggemann, Heinz (Hg.), Frauenemanzipation und Sozialdemokratie, Frankfurt/Main 1981.

³⁶ Zit. nach: 150 Jahre Sozialdemokratie in Duisburg, Hg. im Auftrag der SPD Duisburg von Hartmut Pietsch, Duisburg 2014, S. 14.

³⁷ Zur historischen Entwicklung des Frauenanteils in der Duisburger Politik im überregionalen Vergleich s. Frauen machen Geschichte. Materialien zur Duisburger Frauengeschichte, a.a.O., S. 141 f.

³⁸ Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg 1912- 1924, S. 185 ff.

der politischen GegnerInnen gemacht hätte. Sie forderte eine Verbesserung der politischen Frauenbildungsarbeit für die SPD-Funktionärinnen. Als einen weiteren Grund für das nicht zufriedenstellende Wahlergebnis der SPD-Frauen stellt sie aber auch unsolidarisches Verhalten in den eigenen Reihen fest: die häufig vorzufindende „mangelnde Unterstützung durch die männlichen Genossen“.³⁹

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg: Archivalien N. 411/660 und 411/471; Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg 1919ff.

Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten:

<http://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de/selectmaske.html?pnd=116207604&recherche=ja>
<http://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de/select.html?pnd=116207604>
abgerufen am 30.6.2018

Art. „Marie Arning“ in wikipedia abgerufen am 21.2.2018:

https://de.wikipedia.org/wiki/Marie_Arning

Art. in: <http://deacademic.com/dic.nsf/dewiki/917179>

abgerufen am 21.6.2018

³⁹ Petra Weis, a.a.O. 1989, S. 23.



Bildnachweis:

Von unbekannt - Büro des Reichstags (Hg.): Reichstags-Handbuch 1924, III.
Wahlperiode, Berlin 1925, PD-§-134,

<https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=51054>

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933**

Raster zur Erfassung

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Vorname: **Hedwig**

Name, ggf. Geburtsname: **Averdunk**

Geburts- und Sterbeort und -datum:

*30. Mai 1881 in Duisburg; † am 3. April 1974 in Duisburg

Profil

Beruf: Studienrätin bzw. später Oberstudienrätin; später Leiterin des städtischen Übersetzungsbüros (Dolmetscherbüros) in Duisburg

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung bzw. zum Rat der Stadt

- 1924 – 1930 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg
- Parteizugehörigkeit: Deutsche Volkspartei (DVP)

Arbeitsschwerpunkte:

Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen mit Schwerpunkt im Schul-, Gesundheits- und Jugendbereich

Bezug zur Frauenpolitik:

- Hedwig Averdunk war die einzige weibliche Mandatsträgerin der DVP.
- Von einer Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Frauenvereine Groß-Duisburgs ist auszugehen.

Kurzbiographie

Hedwig Averdunk, gebürtige Duisburgerin und Tochter des bekannten Duisburgers Dr. H.c. Heinrich Averdunk (Gymnasialprofessor, Archivar, Museumsleiter; Forschungen zur Duisburger Stadtgeschichte), verbrachte ihre Schulzeit in Wolfenbüttel und studierte in Genf und Bonn. Im April 1912 erhielt sie die Bestallungsurkunde als Oberlehrerin der städtischen Studienanstalt in Duisburg (dem späteren Frau-Rat-Goethe-Gymnasium), wo sie bis April 1929 Französisch, Englisch und Deutsch unterrichtete. Von 1929 bis 1937 war sie Oberstudienrätin am Städt. Lyzeum in Ruhrort (damalige Kaiserin-Augusta-Viktoria-Schule). Im Juli 1937 erfolgte auf eigenen Antrag hin ihre vorzeitige Pensionierung als Oberstudienrätin – so heißt es in ihrem Nachruf in der u.g. Zeitschrift „Frau-Rat-Goethe-Bund“ - „aus politischen Gründen“.

1945 wurde sie als Leiterin des städtischen Übersetzungsbüros (Dolmetscherbüros) vom damaligen Oberbürgermeister Dr. Weitz ins Rathaus berufen. Sie war als Dolmetscherin bei fast allen wichtigen Verhandlungen mit den Besatzungsmächten

dabei. Darüber hinaus bearbeitete sie u.a. die Anträge der Industrie zum Wiederaufbau der zerstörten Industriewerke. 1953 trat sie mit 73 Jahren endgültig in den Ruhestand.

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg:

- Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg 1919ff.;
- Bestand 400 A/5563 (Personalakte Hedwig Averdunk)

„Hedwig Averdunk gestorben. Oberlehrerin leitete Übersetzungsbüro der Stadtverwaltung“, Art. in: Frau-Rat-Goethe-Bund, Jg. 24, Heft 24, 1974

Exkurs:

Lehrerinnen als Protagonistinnen der „alten“ (sog. Bürgerlichen) Frauenbewegung – Widerstände und patriarchalische Strukturen

Die Biographie der Hedwig Averdunk verdeutlicht eindrücklich den Kampf der sog. „alten“ Frauenbewegung im Bildungs- bzw. Wissenschaftsbereich⁴⁰ und im Kontext der Frauenerwerbsarbeit.

Die geschlechtsspezifische Diskriminierung von Lehrerinnen im Bereich des Höheren Mädchenschulwesens resultierte formal gesehen auch daraus, dass Frauen erst 1908 in Preußen das Immatrikulationsrecht erhielten. Um das Recht, studieren zu dürfen und eine wissenschaftliche Ausbildung - wie ihre männlichen Kollegen - zu erhalten, hatten etliche Frauenvereine und -verbände im 19. Jahrhundert intensiv gerungen.

Dabei ging es einerseits um den Status der Lehrerinnen an Gymnasien/Lyzeen, andererseits aber auch um die soziale Absicherung der Frauen: Denn was die weibliche Lehrtätigkeit betraf, führte die ungleiche Qualifikation von Frauen und Männern im Bereich des höheren Schulwesens zu eklatanten Gehaltsunterschieden⁴¹ zwischen Lehrerinnen und Lehrern.⁴²

⁴⁰ Grundlegendes Überblickswissen zu dieser Thematik s. „Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe“ – Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft, Art. in: Lila Schwarzbuch, Hg. Anne Schlüter/Annette Kuhn, Düsseldorf 1986, S. 10 ff. – S.a. Schlüter, Anne, Die Anfänge des Mädchenschulwesens - Öffentliche versus private Bildung für Mädchen im 19. Jahrhundert, Art. in: Stationen einer Hochschullaufbahn. Festschrift für Annette Kuhn zum 65. Geburtstag, Hg. Udo Arnold, Peter Meyers und Uta C. Schmidt, Dortmund 1999, S. 330 ff.

⁴¹ Twellmann, Margit, Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843 – 1889, Kronberg 1976, S. 95 ff.

⁴² Ebenda, S. 107. – Auf die dadurch bedingten unterschiedlichen Bildungschancen von Jungen und Mädchen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Eine ausführliche Darstellung dazu s. Margit Twellmann, a.a.O., S. 73 ff.

Gegen diese, die Lehrerinnen diskriminierenden Verhältnisse setzte sich die „alte“ Frauenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entschieden zur Wehr.⁴³

Sämtliche Initiativen zur Gleichstellung von Männer und Frauen im schulischen Bereich aber stießen auf massiven Widerstand von männlicher Seite:

So taten sich die männlichen Lehrkräfte bereits bei der ersten - 1872 in Weimar tagenden - Lehrerversammlung durch ein für die Lehrerinnen gefährliches Konkurrenzverhalten hervor, indem sie folgende Anschauungen und Ziele selbstgefällig festlegten:

„Das Lehrerkollegium besteht aus einem wissenschaftlichen Direktor, wissenschaftlich gebildeten Lehrern, aus erprobten Elementarlehrern und geprüften Lehrerinnen.

... Alle höheren Mädchenschulen, die die oben aufgeführten Forderungen nicht erfüllen, verlieren die ihnen von der Regierung verliehene Berechtigung ‚höhere Schulen zu heißen‘, und werden zu Mittelschulen degradiert.“⁴⁴

In den folgenden Jahrzehnten nahmen die männlichen „Abwehrkämpfe“ an Schärfe zu, vor allem „die weibliche Direktorin war bei den männlichen Pädagogen ein Stein des Anstoßes.“⁴⁵

Die Kultusministerien agierten gleichermaßen und auf ihre Weise frauendiskriminierend: Die zahlreichen Petitionen der Frauenverbände für eine wissenschaftliche Lehrerinnenausbildung und das Immatrikulationsrecht der Frauen „landeten im Papierkorb“⁴⁶.

Auch der Deutsche und der Preußischen Städtetag sprach sich noch Jahrzehnte später gegen weibliche Führungskräfte im Lyzeumsbereich aus. Noch 1927 wurde in einer Sitzung des Schulausschusses bezüglich der „Leitung von Lyzeen durch Frauen“ folgende Position vertreten:

„Vom Deutschen Philologinnenverband ist an den preußischen Städtetag die Anregung gelangt, gelegentlich der Umwandlung der höheren Töchterschulen in Lyzeen darauf hinzuwirken, daß die Leitung in die Hände von Frauen gelegt werde. Der Schulausschuss hält es nicht für zweckmäßig, den Mitgliedstädten zu empfehlen, daß sie bei der Besetzung von Leiterstellen an den höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend grundsätzlich Frauen als Direktorinnen bestellen.“⁴⁷

⁴³ Ebenda, S. 98 ff.

⁴⁴ Ebenda S. 107. – Hier sei ausdrücklich unterstrichen, dass die Geschlechterdifferenzierung in der Sprache damals offensichtlich bewußt eingesetzt wurde, wenn sie gegen Frauen gerichtet war und männliche Interessen durchgesetzt bzw. gewahrt werden sollten.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Ebenda S. 111.

⁴⁷ S. Stadtarchiv Duisburg, Bestand 400 A/5563, Niederschrift des Schulausschusses der Sitzung vom 17.12.1927.

Durchsetzung von Frauenrechten in Duisburg im Bereich der Höheren Mädchenschulen

Auch in Duisburg entwickelte sich im Laufe des 18. /19. Jahrhunderts neben dem koedukativen Elementarunterricht ein höheres Mädchenschulwesen, zunächst organisiert auf privater Basis als „Höhere Töchterschulen“. Eine dieser Privatschulen war die Höhere Töchter Schule in Ruhrort, die 1900 in städtische Trägerschaft überführt wurde und 1907 den Namen „Kaiserin-Auguste-Victoria-Schule“ erhielt.⁴⁸

Zwanzig Jahre später führte die Neubesetzung der Stelle der Schulleitung an dieser Schule, die bis dahin mit einem Mann besetzt war, gefolgt von der Besetzung einer Oberstudienratsstelle, zu einer frauenpolitisch höchst aufschlussreichen Kontroverse auf kommunaler Basis, die exemplarisch den Kampf um Gleichberechtigung der Frauen im schulischen Bereich zur Zeit der Weimarer Republik abbildet.

Im Kontext der Besetzung der Schulleitungs- und der frei gewordenen Oberstudienratsstelle der Kaiserin-Augusta-Viktoria-Schule in Ruhrort - beides Positionen, für die sich Hedwig Averdunk offensichtlich beworben hatte oder vorgeschlagen worden war - , vertrat der Elternbeirat folgende Position: „Nachdem durch die Ernennung eines Schulleiters anerkannt worden ist, dass eine so große Schule wie das Lyzeum mit dem ihm angegliederten zahlreichen Nebenstellen nur durch eine männliche Kraft geleitet werden kann, ist der Elternbeirat der einmütigen Auffassung, dass die Besetzung der freigewordenen Stelle des Stellvertreters ebenfalls nur durch einen Herren erfolgen darf ... Weiterhin erscheint es aus sozialen Gründen wünschenswert, die höheren Bezüge eines Oberstudienrates eher einem Herrn als einer Dame zukommen zu lassen, da der Herr zumeist verheiratet und Familienvater ist.“⁴⁹

Hier wurde die - auch damals schon verfassungswidrige⁵⁰ - Diskriminierung von Frauen offiziell dokumentiert und die frauenfeindlichen Regelungen hinsichtlich des sog. Beamtinnen-Zölibats⁵¹ als Argumentationshilfe genutzt und damit offiziell unterstützt.

⁴⁸ Zur Entwicklung des höheren Mädchenschulwesens in Duisburg siehe den Beitrag „Bildung und Erziehung: Für's Leben lernen“ von Katrin Ader in der Dokumentation „Frauen machen Geschichte. Materialien zur Duisburger Frauengeschichte“, Hg. Stadt Duisburg, Gleichstellungsstelle für Frauenfragen, Duisburg 1991, S. 60 ff.

⁴⁹ S. Stadtarchiv Duisburg, Bestand 400 A/5563, Niederschrift des Elternbeirats der o.g. Schule zum TOP „Oberstudienratsstelle“ vom 22. März 1928.

⁵⁰ Bereits in der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 war folgender Gleichberechtigungsparagraph (Art. 109, Abs. 1) aufgenommen worden: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“.

⁵¹ Dazu s. Gerhard, Ute, Unerhört. Die Geschichte der Deutschen Frauenbewegung, Hamburg 1990, S. 345 f.: „Denn ganz entgegen der Zusicherung gemäß Art. 128 der Verfassung, wonach Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte zu beseitigen seien, wurden im Lauf der zwanziger Jahre Beamtinnen nicht nur bei Heirat grundsätzlich aus dem Dienst entlassen, sondern auch, wenn sie ein uneheliches Kind hatten oder bekamen.“

Einer solchen Auffassung und Vorgehensweise trat die „Arbeitsgemeinschaft der Frauen-Vereine Groß-Duisburgs“⁵² entschieden entgegen und trat geschlossen für die Gleichberechtigung von Frauen bei der Besetzung von Leitungsstellen ein:

„Die Arbeitsgemeinschaft der Frauenvereine Groß-Duisburgs stellte seinerzeit den Antrag an die Stadtverwaltung, die freigewordene Direktorstelle an der Kaiserin Auguste Viktoriaschule mit einer Frau besetzen zu wollen.

Nachdem nun für diese Stelle Herr Oberstudienrat Eulen gewählt worden ist, richtet die Arbeitsgemeinschaft der Frauenvereine Groß-Duisburgs an die Stadtverwaltung die gewiß nicht unberechtigte Bitte, nunmehr die durch diese Wahl erledigte Oberstudienratsstelle einer Frau zu übertragen“.⁵³

Für das gleiche Anliegen setzten sich wenig später eine weitere große Gruppe von Frauen ein – nämlich (offensichtlich alle) 21 „seminarischen und akademischen Lehrerinnen der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule“, die die Stadtverwaltung mit einer „Eingabe der Lehrerinnen der Kaiserin-Auguste-Victoria-Schule“, die als Bitte formuliert war, aufforderten, „die Oberstudienratsstelle an unserer Anstalt zum Wohle der Schule und ihrer Schülerinnen mit einer Frau zu besetzen“⁵⁴.

Am 14. November 1928 erklärt der „Personalausschuss der höheren Lehranstalten“, der offensichtlich bereits vorher die Besetzung der Oberstudienratsstelle mit Hedwig Averdunk vorgeschlagen hatte, einstimmig sein Einverständnis für die Besetzung der Oberstudienratsstelle mit Hedwig Averdunk:

„Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung ihren Vorschlag von Frl. Averdunk aufrechthalte. (Der) Ausschuss ist einstimmig mit der Wahl der Stud. Rätin Frl. Averdunk zur Oberstudienrätin am Oberlyzeum in D.-Ruhrort einverstanden.“⁵⁵

⁵² Der Arbeitsgemeinschaft der Duisburger Frauenvereine gehörten zum Zeitpunkt der Antragstellung – am 21. Mai 1928 – immerhin 24 Frauenvereine an, hauptsächlich aus dem Bereich der Förderung der Frauenerwerbsarbeit (berufsständische Vereine unterschiedlicher Berufsgruppen, insbes. aus dem Lehrerinnenbereich) sowie Frauenvereine unterschiedlicher Glaubensrichtungen (evgl., kath. und der israelitische Frauenverein) und sozial engagierte Vereine.

⁵³ S. Stadtarchiv Duisburg, Bestand 400 A/5563. - Unterzeichnet wurde dieser Antrag vom 21. Mai 1928 von „Fr. Schumacher. 2. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Duisburger Frauenvereine“. - Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei um die Rektorin Franziska Schumacher (Zentrum) handelt, die, wie auch Hedwig Averdunk (DVP), Stadtverordnete in der Duisburger Stadtverordnetenversammlung war.

⁵⁴ S. Stadtarchiv Duisburg, Bestand 400 A/5563; Eingabe vom Juli 1928 (Eingegangen beim Oberbürgermeister am 31. Juli 1928).

⁵⁵ S. Stadtarchiv Duisburg, Bestand 400 A/5563, Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Personalausschusses für höhere Lehranstalten vom 14. Nov. 1928.

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933**

Raster zur Erfassung

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Vorname: **Ida**

Name, ggf. Geburtsname: **Bachmann, geb. Reinhold**

Geburts- und Sterbeort und -datum: * 16.4.1887 in Rödlitz (Kr.Chemnitz),
† 18.11.1952 in Duisburg

Profil

Beruf/Stand: Hausfrau

Verheiratet mit dem Zimmermann Paul Johannes Bachmann

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung Duisburg

- 1929 – 1933 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg⁵⁶
- Parteizugehörigkeit: Kommunistische Partei (KP)
- „Ihre Popularität brachte sie als erste Bergarbeiterfrau 1926 ins Hamborner Stadtparlament. Sie blieb KPD-Stadtverordnete bis 1932 und vertrat im Sozial- und Wohlfahrtsausschuss die Forderungen der Arbeiterfamilien.“⁵⁷ (s. Tatort Duisburg, Bd. II, S. 420)

Arbeitsschwerpunkte:

Soziale Fragen

Exkurs:

Ida Bachmann: Eine Kommunistin im Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Duisburg

Im ersten Weltkrieg arbeiteten auch in Duisburg Hunderte von Frauen in den Hüttenwerken. Diese als „industrielle Reservearmee“ eingesetzten Frauen wurden nach dem 1. Weltkrieg wieder entlassen; sie verloren ihre Arbeit – aber auch ihr neu gewonnenes Selbstbewusstsein als Arbeiterin, z. T. engagiert in der Arbeiterbewegung oder in der proletarischen Frauenbewegung.

⁵⁶ S. Stadtarchiv Duisburg, Bestand 506/1863. - Hier gibt Ida Bachmann in einem Dokument (Fragebogen der Fürsorgestelle vom 3.4.1946) an, dass sie bis 1933 kommunistische Stadtverordnete war.

⁵⁷ Tatort Duisburg 1933-1945, Bd. II, Hg. Rudolf Tappe und Manfred Tietz für die Geschichtskommission der VVN - Bund der Antifaschisten/Kreis Duisburg, Essen 1993, S. 420

Die Frauenarbeitslosigkeit in Duisburg ging nach dem 1. Weltkrieg einher mit einer katastrophalen Versorgungslage und einem extremen Preisanstieg durch die wachsende Inflation, so dass sich Hunderte von erwerbslosen Frauen in Duisburg zu Protestaktionen zusammenfanden, um sich und ihre Kinder vor dem „drohenden Hungertod“ zu bewahren. In diesem Zusammenhang war die „Bergarbeiterfrau Ida Bachmann aus Neumühl - nach einer Frauen-Hungerdemonstration vor dem Hamborner Rathaus - ... festgenommen worden“, weil sie auf ein vorbeifahrendes Pferdefuhrwerk gesprungen war und die Kartoffelsäcke zum Aufsammeln für die Hungernden ausgeschüttet hatte... „In der Neumühler Zechensiedlung galt Ida Bachmann, Mutter von fünf Kindern, als Beispiel für praktische Solidarität und Nachbarschaftshilfe...“ Schon seit frühester Kindheit durch ihre Familie „politisch aktiv“ - an der Seite ihres sozialdemokratischen Großvaters gegen Aufrüstungen und Krieg an Flugblattaktionen beteiligt, wie ihre Tochter Ilse Spindler berichtet - setzte sie sich später als Stadtverordnete für die Verbesserung der sozialen Lage der ArbeiterInnen ein.⁵⁸ 1933 – so berichtet ihre Tochter Ilse Spindler - wurde ihre Wohnung von SA-Leuten beschossen und sie wurde verhaftet.⁵⁹ Mehrfach von der Polizei (vor 1945) im Kontext von Verhaftungen von Familienmitgliedern vernommen, gibt Ida Bachmann am 17. März 1948 (an Eides statt) zu Protokoll: „Ich habe niemanden verraten. Ich bin auch nach den Verhaftungen weiter im Sinne des Antifaschismus tätig gewesen.“⁶⁰

Nach dem 2. Weltkrieg befand sie sich in einer äußerst prekären finanziellen Notlage. Wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei war sie als politisch Verfolgte anerkannt und wandte sich daher mit der Bitte um Unterstützung - z.B. für Lebensmittel, Hausrat oder einen dringend benötigten Wintermantel - an die „Fürsorgestelle für politisch Geschädigte“, wo sie umgehend Unterstützung erhielt. Auf Grund ihrer Verhaftung und etlicher Hausdurchsuchungen, denen sie und ihre Familie zwischen 1933 und 1944 ausgesetzt war, erlitt sie, die vorher „nie krank gewesen war“, ernsthafte und langwierige, durch einen Nervenzusammenbruch ausgelöste starke gesundheitliche Beeinträchtigungen, so dass ihr schließlich auf der Basis ärztlicher Untersuchungen eine Erwerbsminderung von 60-70% zugestanden wurde. Mit Bescheid vom 27.4.1950 erhält sie wegen Erreichen des 65. Lebensjahres eine „Beschädigtenrente“ von monatlich 233,30 DM.⁶¹

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg:

Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg, Duisburger Einwohnermeldeeintragungen, Standesamtsregister, Wiedergutmachungsakte (Bestand 506/1863; digital).

Tatort Duisburg 1933 - 1945, Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, hrsg. V. Rudolf Tappe und Manfred Tietz für die Geschichtskommission der VVN – Bund der Antifaschisten/Kreis Duisburg, Bd. 2, Essen 1993, S. 420 und 434.

⁵⁸ S. ebenda.

⁵⁹ S. ebenda.

⁶⁰ Aus: Stadtarchiv Duisburg, Wiedergutmachungsakte der Ida Bachmann (Bestand 506/1863)

⁶¹ Ebenda.

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933
Raster zur Erfassung**

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Vorname: **Therese**

Name, ggf. Geburtsname: **Cremers, geb. Krauels**

Geburts- und Sterbeort und -datum: *11. Januar 1879 in Aachen; † 29. Juli 1950
in Stuttgart

Profil

Beruf/“Stand“: Hausfrau; Ehefrau von Heinrich Cremers (Gewerkschaftssekretär, ebenfalls Stadtverordneter (SPD) bis zu seiner Wahl zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Duisburg am 28. Oktober 1919)

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung

1919 – 1929 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg

Parteizugehörigkeit: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Arbeitsschwerpunkte:

Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen, u.a. in der „Armenverwaltung“, im „Lebensmittel-Ausschuss (Funktion: Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Mehr; Futtermittelversorgung), im Waisenhausvorstand sowie im Unterausschuss „Finanzausschuss“; ab 1924 stellvertr. Mitglied in der Kreishebammenstelle

Bezug zur Frauenpolitik:

Engagiert im Hebammenbereich

Kurzbiographie

Einige Angaben zur Biographie der Therese Cremers sind nur durch die Personalakte ihres Mannes, Heinrich Cremers, überliefert. Heinrich Cremers, ausgebildeter Schlosser, später 1. Bevollmächtigter der Metallarbeiter, war ursprünglich als Gewerkschaftssekretär tätig und gehörte der Stadtverordnetenversammlung für die SPD an. Er wurde am 28.10.1919 auf Grund seines sozialen Engagements zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Duisburg für 12 Jahre gewählt.

1933 und in den Folgejahren auf die übelste Weise von den Nationalsozialisten verfolgt, diffamiert und schikaniert, verließ die Familie Duisburg und gab als Postadresse Kleve an.

Therese Cremers war Mutter zweier Kinder (ein Sohn und eine Tochter, Hubertine, geb. 1.8.1904). Nach dem Tode ihres Mannes (14.1.1938) siedelt sie zu ihrem Sohn,

der in Duisburg als äußerst engagierter Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten bekannt war, nach Stuttgart über.

Wie aus einem Schreiben ihres Sohnes an die Stadt Duisburg hervorgeht, erhielt sie nur eine sehr geringe Pension; daher wird ihr eine finanzielle Zuwendung nach dem Wiedergutmachungsgesetz zusätzlich zu ihrem Witwengeld, das sie ab 1938 erhielt, bewilligt.

Es ist bemerkenswert, dass trotz ihres langjähriges politisches Engagements nur sehr wenige biographische Angaben über sie auffindbar sind.

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg:

- Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg 1919ff.;
- Verzeichnis der Mitglieder der städtischen Behörden und Ausschüsse vom Stande am 15. September 1924
- Personalakte von Heinrich Cremers (Bestand 102/432 und 103 A/4009)

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933
Raster zur Erfassung**

Kommune: Duisburg

Vorname: **Friederike (Frieda) Katharina Charlotte**

Name, ggf. Geburtsname: **Heidkamp**

Geburts- und Sterbeort und -datum: *24. Mai 1880 (Osnabrück) – † konnte nicht ermittelt werden

Profil

Beruf: 20. März 1901 – 1. Jan. 1946 Lehrerin

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung

1919 – 1924 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg

Parteizugehörigkeit: Zentrum (von 1919 – mindestens bis 1933)

Arbeitsschwerpunkte:

Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen insbes. im Sozialbereich, u.a. in der „Armenverwaltung“ und im Waisenhausausschuss

Kurzbiographie

Sie erhielt ihre Ausbildung im Königlichen Lehrerinnen-Seminar in Xanten. Ab 1901 arbeitet sie am „Lehrinstitut an der Ruhrorter Straße“. Später, so hält sie in einer Aktennotiz fest, war sie vom 1. Juli bis zum 4. August 1919 „im Rathaus Duisburg im städtischen Archiv bei Herrn Ring“ beschäftigt und anschließend sei sie seit dem 6. August 1919 an der Schule Duissernstraße tätig gewesen.

Auch wenn sie am 5. Sept. 1934 auf der Basis des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 folgenden Amtseid geleistet hat (als Quelle belegt mit Datum vom 5. Sept. 1934) –

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“ –

war sie nach eigenen Angaben⁶² kein Mitglied der NSDAP.

⁶² Stadtarchiv Duisburg, Bestand 400 A/1239. - Lt. ihrer eigenen Angaben im Fragebogen der Militärregierung vom 5. Juni 1945, wo sie die Frage zu einer eventuellen NSDAP-Mitgliedschaft bzw. die Frage, ob sie eine Stellung in der NSDAP bekleidet habe, verneint. Allerdings gibt sie an, dass sie Mitglied in den genannten der NSDAP angeschlossenen Verbänden bzw. „betreuten Organisationen“ war.

Sie gehörte allerdings, wie sie in ihrem für die Militärregierung ausgefüllten Fragebogen vom 5. Juni 1945 angibt, dem der NSDAP angeschlossenen „Lehrerbund“ (NSLB) vom 1.11.1933 bis zum 1.12.1936, seit dem 1.12.1934 der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt e.V. (NSV), seit 1937 dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) sowie seit 1937 dem Reichskolonialbund an.

Am 1. Januar 1946 trat sie in den Ruhestand.

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg:

- Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg 1919ff.;
- Bestand 400 A/1239 - Personalakte Frieda Heidkamp
- Bestand 400 A/1239 – darin: Selbstauskunft lt. Fragebogen des „Military Government of Germany“, unterzeichnet von Frieda Heidkamp am 5. Juni 1945

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933
Raster zur Erfassung**

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Vorname: **Maria**

Name, ggf. Geburtsname: **Krämer, geb. Kiwitt**

Geburts- und Sterbeort und -datum: *3.1.1887 in Duisburg, † 17.11.1940 in
Duisburg-Meiderich

Profil

Beruf/“Stand“: Hausfrau

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung

22.7.21 - 1924 Stadtverordnete - als Ersatz für den „infolge Verzugs
ausgeschiedenen Rudolf Paletzki“

Parteizugehörigkeit: SPD

Arbeitsschwerpunkte:

Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen, u.a. Mitwirkung in der „Stadt-Schuldeputation“

Kurzbiographie

Maria Krämer war verheiratet mit Christian Krämer, geb. am 1.10.1883 in Meiderich,
gest. am 12.2.1841 in Duisburg-Meiderich.

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg:

- Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg 1912ff., S. 187 f.
- Geburts- und Sterbeurkunde sowie Heiratsurkunde aus Standesamtsregister:
Maria Krämer, geb. Kiwitt (Nr. 9/1887, Nr. 1251/1940); Christian Krämer (Nr.
165/1941)

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933
Raster zur Erfassung**

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg
Vorname: **Margarete (Marie)**
Name, ggf. Geburtsname: **Pasie**
Geburts- und Sterbeort und -datum: *19.01.1881 in Duingen, heute Landkreis
Hildesheim; † (nicht bekannt)

Profil

Beruf: 1.5.1905 – 1.4.1946 Volksschullehrerin, ab 1.4.1909 im Hilfsschuldienst als
Lehrerin und später Rektorin; 1933 wurde sie nach eigenen Angaben auf Grund ihrer
politischen Tätigkeit von der Position als Rektorin in das Amt einer Lehrerin
zurückversetzt

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung Duisburg

1919 – 1933 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg
Parteizugehörigkeit: Deutsche Demokratische Partei (DDP)
Zum Wahltermin 17.11.1929 war sie - auf Listenplatz Nr. 1 des Wahlvorschlags der
DDP - die erste weibliche Spitzenkandidatin bei einer Kommunalwahl in Duisburg.
Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sich Pasie am Aufbau der Freien
Demokratischen Partei (FDP) in Duisburg und bekleidete 1949 und 1950 das Amt der
stellvertretenden Kreisvorsitzenden im Kreisverband der FDP Duisburg.

Arbeitsschwerpunkte:

Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen, u.a. in der „Armenverwaltung“, im Schul- und
im Sportbereich

Bezug zur Frauenpolitik:

Marie Pasie, deren Hauptaugenmerk ihrer politischen Arbeit der Schulpolitik galt,
vertrat in allen drei Legislaturperioden die Position, die konfessionellen Einflüsse auf
das Schulwesen zu reduzieren und der Mädchenbildung in der Schulpolitik eine
höhere Aufmerksamkeit zu widmen.

Als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Duisburger Frauenvereine⁶³ warb Pasie
zudem für eine stärkere Berücksichtigung und Beteiligung von Frauen in der
Ratspolitik⁶⁴.

Weitere ehrenamtl. Funktion:

⁶³ Zur Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft der Duisburger Frauenvereine s. Anmerkung 44.

⁶⁴ Olenik, Alexander, Biogramm Margarete Pasie, bisher unveröffentlichtes Manuskript, vorgelegt zur
Ergänzung zur Ratsdrucksache Nr. 16-1291/1 vom 22.6.2017, „Benennung von Straßen nach Frauen“
(s. <https://sessionnet.krz.de/duisburg/bi/getfile.asp?id=1577298&type=do&> sowie
<https://sessionnet.krz.de/duisburg/bi/getfile.asp?id=1577960&type=do&>).

- Mitarbeit in bzw. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Duisburger Frauenvereine

Kurzbiographie:

Das Leben der Marie Pasie ist durch großes Engagement für das Allgemeinwohl geprägt, sei es im beruflichen, politischen oder frauenrelevanten Bereich. Trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen gelang es ihr, diese drei Bereiche zu vereinbaren. Ihre Haltung im politischen Bereich ist durch Mut und Gradlinigkeit charakterisiert.

Im Fragebogen der Militärregierung vom 8.10.1945 gab sie an, dass sie nicht Mitglied der NSDAP gewesen sei und folgenden NSDAP-Untergliederungen angehört habe: seit 1933 dem der NSDAP angeschlossenen „Lehrerbund“ (NSLB⁶⁵) und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt e.V. (NSV)⁶⁶.

Auf die Frage, ob sie jemals Repressionen ausgesetzt war, „weil sie in irgend einer Form den Nationalsozialisten Widerstand leistete(n,d.V.) oder gegen deren Lehren und Theorien auftrate(n, d.V.)“, vermerkte sie im o.g. Fragebogen ausdrücklich:

„Auf Grund meiner politischen Tätigkeit als deutsch-demokratische Stadtverordnete in Duisburg von 1919 – 1933 als Rektorin (in) das Amt einer Lehrerin zurückversetzt.“

Anfang der 1950er Jahre verließ sie – obwohl dort in leitender Position aktiv - die FDP im Kontext des Streits um die programmatische Ausrichtung des Kreisverbands.

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg:

- Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg 1919ff.;
- Personalakte Margarete Pasie (Bestand 400 A/3609; Nr. 44/55-63)

Olenik, Alexander, Biogramm Margarete Pasie, Ergänzung zur Ratsdrucksache OB/OB-3 Freer, DS-Nr. 16-1291/1 vom 22.6.2017 „Benennung von Straßen nach Frauen“ (bisher unveröffentlichtes Manuskript)

Olenik, Alexander, Der „organisierte Liberalismus“ in Duisburg 1918-1933, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), S. 337-352, s. insbes. S. 345 und 350.

⁶⁵ Stadtarchiv Duisburg, Personalakte Margarete Pasie; Bestand 400 A/3609.

Siehe dazu folgende Erläuterung: „Infolge der keineswegs nur auf Druck und Gewalt beruhenden Überführung der vorhandenen Lehrerverbände unter das Dach des NSLB stieg die Organisation nach der [Machtergreifung](#) der Nationalsozialisten zum alleinigen Lehrerverband im [Deutschen Reich](#) mit rund 300.000 Mitgliedern auf. 9.000 Lehrerinnen und Lehrer verweigerten sich einer solchen Mitgliedschaft. Ein Drittel der Lehrerschaft war zusätzlich zu ihrer Angehörigkeit im NSLB auch direkt Mitglied der NSDAP – so die Zahlen von 1937.“ Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistischer_Lehrerbund , abgerufen am 27.6.2018.

⁶⁶ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Volkswohlfahrt , abgerufen am 6.8.2018.

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933**

Raster zur Erfassung

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Vorname: **Franziska**

Name, ggf. Geburtsname: **Schumacher**

Geburts- und Sterbeort und -datum:

*26. Nov. 1864 in Gimfte (Ortsteil der Stadt Greven bei Münster/Westf.)

† (konnte nicht ermittelt werden)

Profil

Beruf: Lehrerin; Konrektorin, später Rektorin⁶⁷ der Schule an der Florastraße seit dem 2. März 1923

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung Duisburg

1924 – 1933 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg

Parteizugehörigkeit: Zentrum

Arbeitsschwerpunkte:

Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen, u.a. als einzige Frau Mitglied im Gesundheitsausschuss (insgesamt 12 Mitglieder)

Bezug zur Frauenpolitik:

- Franziska Schumacher gehörte dem „Vorstand der Mädchen-Mittelschule“ an und war stellvertretendes Mitglied im „Verwaltungs-Ausschuß der höheren Lehranstalten“.
- Sie war „2. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Duisburger Frauenverbände“⁶⁸.

Kurzbiographie:

Franziska Schumacher besuchte das Kath. Lehrerinnenseminar in Xanten, wo sie ihr Erstes Staatsexamen am 29. März 1884 ablegte. Nachdem sie etliche Jahre als Lehrerin tätig war, wurde sie am 2.3.1923 zur Konrektorin der Schule an der Florastrasse ernannt.

⁶⁷ S. Verzeichnis der Mitglieder der städtischen Behörden und Ausschüsse nach dem Stande am 15. September 1924, S. 82.

⁶⁸ So unterzeichnete sie den Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände Groß-Duisburgs zur Besetzung der Oberstudienratsstelle an der Kaiserin Auguste Viktoriaschule mit einer Frau“ vom 21. Mai 1928.- s. Stadtarchiv Duisburg, Bestand 400 A/5563 (Personalakte der Hedwig Averdunk), S. 36.

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg:

- Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg 1919ff.
- Verzeichnis der Mitglieder der städtischen Behörden und Ausschüsse vom Stande am 15. September 1924
- Bestand 400 A/4326: Personalakte der Franziska Schumacher
- Bestand 400 A/5563: Personalakte der Hedwig Averdunk

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933**

Raster zur Erfassung

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Vorname: **Charlotte Wilhelmine**⁶⁹

Name, ggf. Geburtsname: **Velden**

Geburts- und Sterbeort und -datum: konnte nicht ermittelt werden

Profil

Beruf/Stand: Hausfrau

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung Duisburg

Ab 1929 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Duisburg

Parteizugehörigkeit: Kommunistische Partei (KP)

Quelle:

Stadtarchiv Duisburg, Verwaltungsbericht für die Stadt Duisburg(-Hamborn) für 1929,
S. 19

⁶⁹ Standesamtliche im Stadtarchiv vorhandene Unterlagen existieren nur zu einer Anna Wilhelmine Velden, geb. Schröder. Diese war mit Peter Velden verheiratet, der am 30. Mai 1933 lt. Standesamtsurkunde erschossen wurde. – Es ist nicht feststellbar, ob ggf. ein Übertragungsfehler bei den Vornamen vorliegt und die Personen ggf. identisch sind.

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933**
Raster zur Erfassung
Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Vorname: **Frieda**

Name, ggf. Geburtsname: **Vogel⁷⁰, geb. Andreas**

Geburts- und Sterbeort und -datum: * 27.2.1889 Buflieben (Gotha); † (nicht bekannt) –
Belegt ist nur ihre Abmeldung von Duisburg nach Braunsberg (Gotha) 1943.

Profil

Beruf/“Stand“: Hausfrau

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung Duisburg Mitglied der
Stadtverordnetenversammlung ab dem 5.4.1924, am 23.9.1926 aus
gesundheitlichen Gründen ausgeschieden

Parteizugehörigkeit: Kommunistische Partei (KP)

Kurzbiographie

Von Frieda Vogel konnte über die o.g. Daten hinaus nur ermittelt werden, dass sie
mit dem Zimmermann Ernst Vogel verheiratet war.

Quelle:

Stadtarchiv Duisburg:

- o.g. Angaben zur Person;
- Verwaltungsbericht Stadt Duisburg 1912-1924, S. 191

⁷⁰ In Tatort Duisburg 1933-1945, Bd. II, S. 645 ff. wird von einem Michael Vogel berichtet, der als 68-jähriger Zeuge im „Duisburger Ausschwitzprozeß“ aussagte. - Eine verwandtschaftliche Beziehung zu Frieda Vogel konnte allerdings nicht von mir herausgefunden werden.

**100 Jahre Frauenwahlrecht –
Die ersten Ratsfrauen in den NRW-Kommunen 1919 - 1933**

Raster zur Erfassung

Bilddatei: JPEG-Format

Kommune: Duisburg

Vorname: **Magdalena (Magda)**

Name, ggf. Geburtsname: **Wilke**

Geburts- und Sterbeort und -datum:

*5.7.1894 in Königsberg/Neumark; † 29.4.1979 in Duisburg

Profil

Beruf: Städt. Wohlfahrtspflegerin

Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung Duisburg

1929 – 1931 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Duisburg

Parteizugehörigkeit (als Stadtverordnete): Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

- *Ab Herbst 1921 bis Anfang 1931 war sie Mitglied der SPD,*
- *seit dem 1.5.1933 war sie Mitglied in der NSDAP.*

Kurzbiographie

1914 – 1915 besuchte Magdalena Wilke die Frauenschule Luisenhof, arbeitete anschließend kurze Zeit als Gutssekretärin und absolvierte von 1916-1917 ein praktisches Jahr an der Sozialschule Berlin-Teltow. Vom 1.10.1918 bis zum 9.12.1918 war sie als Wohlfahrtspflegerin in Berlin tätig, vom 1.1.1919 bis zum 1.10.1921 in der Jugendhilfe Halle und wurde schließlich am 1. Jan. 1922 als Sozialarbeiterin bzw. „Stadtwohlfahrtspflegerin“ (städt. Angestellte) bei der Stadt Duisburg eingestellt, wo sie am 30. Juni 1938 in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen wurde.

Obwohl sie ehemals - 1929 bis 1931- Stadtverordnete für die sozialdemokratische Partei gewesen war, trat sie am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Daher wurde sie im Oktober 1945 auf Grund ihrer NS-Vergangenheit als Mitarbeiterin der Stadt Duisburg entlassen. In einem ausführlichen Gesuch an die Militärregierung, das sie daraufhin einreichte, konnte sie glaubhaft versichern, dass sie nur Mitläuferin gewesen und aus sozialen Gründen zum Eintritt in die NSDAP gezwungen gewesen sei. Daher befürwortete die Entnazifizierungskommission ihre Wiedereinstellung, aber nicht mehr als Mitarbeiterin im Bereich der Jugendpflege, sondern als Angestellte im Büro- und Kassendienst.

Da – so heißt es in einer Bewertung des Sachverhalts durch einen Stadtoberinspektor - das Jugendamt mit Magda Wilke „eine besonders tüchtige Kraft“

verloren hätte, wird ihr „Wiedereinstellungsantrag ...befürwortet“ und am 4. Okt. 1949 wird sie als Beamtin auf Lebenszeit zur Stadtwohlfahrtspflegerin“ ernannt, ein Amt, das sie bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand 1959 wahrnahm. Sie verstarb 1979 mit 85 Jahren.

Quellen:

Stadtarchiv Duisburg:

- Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg-Hamborn für 1929;
- Bestand 103 A/24354 Personalakte der Magdalena Wilke

Exkurs:

Magdalena Wilke – Nationalsozialistin wider Willen?

Magdalena Wilke, ehemals Stadtverordnete für die sozialdemokratische Partei, unterzeichnete als Stadtwohlfahrtspflegerin am 30.11.1934 den „NS-Vereidigungsnachweis“ und verpflichtet sich damit, „dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler ... treu und gehorsam zu sein ...“. Am 26.3.1935 bestätigt sie offiziell ihre NSDAP-Parteimitgliedschaft seit dem 1.5.1933. Außerdem gehörte sie u.a. folgenden, der NSDAP nahestehenden Verbänden an: seit dem 1.11.1933 dem Reichsluftschutzbund (RLB)⁷¹, seit dem 1.1.1934 dem der NSDAP seit 1933 angeschlossenen Reichsbund der Deutschen Beamten(RDB), seit dem 1.9.1934 der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt e.V. (NSV), seit dem 1.6.1937 der NS-Frauenschaft (NSF).⁷²

Als Magda Wilke, wie oben dargelegt, mit Verfügung vom 29.10.1945 auf Grund ihrer NS-Vergangenheit als Mitarbeiterin der Stadt Duisburg entlassen wurde, kämpft sie um ihren Arbeitsplatz und bittet in einem ausführlichen Gesuch an die Militärregierung vom Stadtkreis Duisburg - a.d.D. über den Herrn Oberbürgermeister - sehr eindringlich um erneute Prüfung ihrer Entlassung und führt aus, dass sie nur Mitläuferin gewesen sei und aus Angst vor Erwerbslosigkeit und sozialer Not heraus gehandelt habe:

„Als ich meinen Dienst am 2.1.1922 in Duisburg antrat, war ich ein Mitglied der S.P.D. Ich war aufgeschlossen für alle sozialen Probleme, und als Sozialarbeiterin stand ich mitten in ihrem Kampf um Recht und Freiheit. Späterhin wurde ich Stadtverordnete. Im Jahre 1931 legte ich mein Amt nieder und zog mich aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen aus dem politischen Leben zurück. Dieses Zurückziehen erfolgte ohne Hass oder persönliche Anfeindung. Ich hatte erkannt, dass mein Interessengebiet ein anderes war als der politische Kampf. Ich

⁷¹ Abkürzungsverzeichnis Nationalsozialismus s. http://www.documentarchiv.de/fs/ns_abkuerzungen.html

⁷² Stadtarchiv Duisburg, Bestand 103/A 24354, Personalakte Magdalena Wilke. Nach eigenen Angaben der Magdalena Wilke in einem Fragebogen vom 26.3.1935, der u.a. die Frage nach der „arischen Abstammung“ und ihre NSDAP-Parteimitgliedsnummer, enthielt. Es handelte sich offensichtlich um einen städtischen Personal-Fragebogen; der genaue Adressat konnte aber von mir nicht ermittelt werden.

fühlte mich ihm nicht gewachsen, zudem ich in meiner Arbeit meine Neutralität und Objektivität auch in jeder Beziehung weiterhin wahren wollte.

Es kam der 30.1.1933 heran – Adolf Hitler – bekam die politische Macht. Er verkündete sein großes soziales Programm, Behebung der Erwerbslosigkeit usw. Meine Freundin wurde als Mitglied einer freigewerkschaftlichen Organisation aus einem öffentlichen Amt entlassen. Wir lebten von meinem kleinen Gehalt. Hier und da wurde Auskunft über uns eingezogen. Ich war als ehemaliges Mitglied der S.P.D. ständig der harten Kritik der N.S.F. (Nationalsozialistische Frauenschaft, die V.) und der N.S.V.-Kräfte (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt e.V., d. V.) ausgesetzt, die oftmals versuchten mich in meinen Erziehungsmethoden und fürsorgerischen Leistungen anzugreifen.“

Und sie habe, so schreibt sie an späterer Stelle, die H.J. (Hitler-Jugend) und den B.D.M. (Bund Deutscher Mädel, eine Gliederung der Hitler-Jugend) „stark kritisiert“ und deren Erfolg in Frage gestellt, „denn Jugend muss von erfahrenen Jugenderziehern geführt werden.“

„Aus dieser Zwangslage heraus ... bat ich ... im Herbst 1933 um Aufnahme in die N.S.D.A.P.... Es war die größte Dummheit meines Lebens, die ich begangen habe. Das soziale Programm Hitlers war die Aufrüstung zum Krieg.“

Schließlich konstatiert sie:

„Ich habe weder beruflich noch persönlich durch die N.S.D.A.P. Vorteile gehabt. Ich war und bin Christ und nie mehr als ein formales Mitglied der N.S.D.A.P. gewesen. Ich gehöre seit meiner Taufe der evangelischen Kirche an und bin kein Nazi.“